Pressemitteilung

Verwaltung hat Politik getäuscht – Holzhäuser verkaufen

In Sachen „Holzhäuser für Flüchtlinge“ geht die BAMH-Fraktion jetzt in die Offensive. Für die Sitzung des Rates in der nächsten Woche fordert sie eine Halbierung der Bevorratung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge sowie den Verkauf der überzähligen Holzhäuser an Interessenten.

BAMH-Fraktionschef Jochen Hartmann: „Die einwohnermäßig größere Stadt Oberhausen hält nach Medienberichten noch 763 Plätze vor, das kleinere Mülheim meint, fast die doppelte Anzahl vorhalten zu müssen.“ Dies könne man den von der Grundsteuererhöhung gebeutelten Mülheimern nicht erklären. Hartmann weiter: „Die überzähligen Häuser können verkauft werden. Interessenten soll es ja geben. Dann hat Mülheim auch mit dem Abbau nichts zu tun und Geld fließt zudem in die leere Haushaltskasse.“

Ganz grundsätzliche Kritik an den Holzhäusern äußert sein Fraktionskollege Dr. Martin Fritz. Das sei eine „Schnapsidee“ des damaligen SPD Dezernenten Ulrich Ernst gewesen. Mülheim habe als „Stadt der SPD Ministerpräsidentin Hannelore Kraft besonders gut dastehen wollen – und das auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Schon damals habe der Haushalt an allen Ecken geknirscht und dennoch sei das Thema „Schuldenbremse“ plötzlich kein Thema mehr gewesen.

„Die 23 Holzhäuser haben incl. Erschließungskosten rund 23 Mio € gekostet. Pro Haus mithin rund 1 Mio €. „Wohlgemerkt, wir reden von Holzhäusern! Für 1 Mio € bekommt man selbst in Mülheim noch ein schönes steinernes Einfamilienhaus mit Garten“, so Dr. Martin Fritz. Das alles zeige, daß die SPD mit dem Geld der Bürger nicht umgehen könne. Zudem, so Dr. Fritz, sei die Politik damals getäuscht worden. In die Kalkulation seien notwendige Abbaukosten nicht eingeflossen. Heute sei aber kein Geld für die Umnutzung vorhanden. Damals habe die Verwaltung behauptet, man könne die Häuser prima anderweitig nutzen. Deshalb habe man auch seinerzeit aufwendigere Dachkonstruktionen gebaut. „Heute ist das alles kein Thema mehr“, so Dr. Martin Fritz.

Daher müsse man jetzt seitens der Politik die Reißleine ziehen und die Häuser mit einem von der Verwaltung zu verantwortenden Schaden verkaufen.